

nommen und in diesem Zusammenhang auch Gespräche mit seinem Amtskollegen geführt.

- Ferner besuchte Vizeaußenminister Liu Shuqing im April 1988 Jakarta im Zusammenhang mit einer UNO-Konferenz auf indonesischem Boden.

- Schließlich kam es im Oktober 1988 zu einem Gespräch zwischen Qian Qichen und dem indonesischen Außenminister Alatas am Rande der UNO-Vollversammlung in New York.

Die chinesischen Vertreter wurden beide Male zwar nicht offiziell empfangen, hatten aber gleichwohl Gesprächskontakte; u.a. kam es zu einem kurzen Gedankenaustausch zwischen Wu Xueqian und Präsident Suharto. Hierbei versicherten die chinesischen Vertreter immer wieder, daß China sich auf keinen Fall mehr in innerindonesische Angelegenheiten einmischen wolle. Offensichtlich hatte dieses Erklärungsverhalten seinen Eindruck auf die indonesischen Gesprächspartner nicht verfehlt.

- Außerdem gibt es seit 1985 direkte Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten, nachdem die Warenströme vorher hauptsächlich via Hongkong gelaufen waren. 1985 unterzeichneten die indonesische Kammer für Handel und Industrie ("Kadin") und der China Council for the Promotion of International Trade ein bilaterales Handelsabkommen in Singapur. Die Kadin-Repräsentanten gehen inzwischen davon aus, daß mit der Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen sich auch der Handelsaustausch vergrößern könne. Indonesien, das eine schwere Schuldenlast trägt, sieht in China einen potentiellen Abnehmer vor allem von Sperrholz und Latex. Bisher ist die indonesische Rechnung allerdings nicht aufgegangen, da im Verhältnis mit China dauernd ein Defizit zu beklagen war. In den ersten acht Monaten d.J. 1988 jedoch zeigte sich erstmals ein leichter Überschuß zugunsten Jakartas: Indonesien hatte in diesem Zeitraum Güter für 350 Mio. US\$ an China, dieses dagegen nur Waren für 270 Mio. an Indonesien geliefert (XNA, 23. und 24.2.89).

Die indonesische Seite beeilte sich nach dem Treffen vom 23. Februar, darauf hinzuweisen, daß es noch einige Zeit dauern werde, ehe auch wirklich diplomatische Beziehungen aufgenommen würden. China solle endlich

klar aussprechen, daß die Aktivitäten seiner KP nicht von der Politik der Regierung abweichen dürften (Radio Jakarta in SWB, 25.2.89).

In einem Interview vom 26.2.1989 wies der indonesische Außenminister Ali Alatas darauf hin, daß das Treffen zwischen Qian und Suharto eine neue Qualität in das bilaterale Verhältnis gebracht habe. Angeblich hat Qian bei dem Gespräch auf die Einsicht Beijings hingewiesen, daß es nicht die Überreste der KPI unterstützen dürfe (Radio Jakarta in MD Asien, 7.3.89, S.5 f.).

Um zu einer offiziellen Vereinbarung zu kommen, müßten noch weitere Gespräche geführt werden, sei es nun über das Ständige Vertreterbüro Indonesiens bei den Vereinten Nationen in New York oder aber auf der Ebene der Außenminister. Indonesien müsse eine Normalisierung der Beziehungen mit China ins Auge fassen, da die Volksrepublik ein großes Land mit der größten Bevölkerung der Welt in der gleichen asiatischen Region sei, und da sich diese Region in schnellem Umbruch befinde. Man könne auf längere Sicht nicht so tun, als gäbe es diese Volksrepublik nicht. Darüber hinaus müsse Indonesien, wenn es über die Vorgänge in China wirklich umfassend informiert sein wolle, eine Vertretung direkt vor Ort haben. Informationen ließen sich nie durch Auswertung von Medien anderer Länder in genügendem Ausmaße beschaffen. -we-

Innenpolitik

* (6)

Schwere Unruhen in Tibet: Verhängung des Kriegsrechts

30 Jahre nach dem erfolglosen tibetischen Volksaufstand gegen die chinesische Oberherrschaft ist es in Lhasa, der Hauptstadt des Autonomen Gebiets Tibet, vom 5. bis 7. März erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen tibetischen Nationalisten und chinesischen Sicherheitskräften gekommen. Nach chinesischen Angaben wurden dabei ein Polizist getötet und 42 weitere chinesische Ordnungshüter verletzt. Auf der tibetischen Seite starben nach chinesischen Angaben 11 Menschen und über 66 weitere wurden

verletzt. 305 Tibeter wurden festgenommen, nach anderen chinesischen Angaben sollen es jedoch nur 58 sein. Chinesischen Angaben zufolge sollen sich seit September 1987 21 gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen tibetischen "Separatisten" und chinesischen Ordnungskräften ereignet haben.

Ausländer, die nach der Verhängung des Ausnahmezustands aus Lhasa ausgewiesen wurden, berichteten von exzessivem Schußwaffengebrauch der chinesischen Sicherheitskräfte. Ihre Angaben über die Zahl der getöteten Tibeter schwankten zwischen 30 und 800 (sic!) (SZ, 10.3.89). Ihren übereinstimmenden Angaben zufolge wurden mehrere hundert Tibeter verletzt.

Wegen des Ausmaßes der Unruhen und weil offenbar weitere Demonstrationen für die Unabhängigkeit Tibets befürchtet wurden, wurde in der Nacht vom 7. auf den 8. März 1989 über Lhasa der Ausnahmezustand verhängt, der auch Ende März noch nicht aufgehoben war. Ministerpräsident Li Peng erklärte in seinem Regierungsbericht am 20. März, daß die öffentliche Ordnung in Lhasa allmählich wiederhergestellt werde und sich das Leben der Bevölkerung zu normalisieren beginne. China werde mit dem Dalai Lama verhandeln, wenn dieser seinen Standpunkt von der "Unabhängigkeit Tibets" aufgebe und seine separatistischen Aktivitäten beende. -sch-

* (7)

1988: Hunderte von Demonstrationen und Unterschriftenaktionen

1988 hat es in China Hunderte von Demonstrationen und Unterschriftenaktionen gegeben. Dies teilte der Minister für öffentliche Sicherheit, Wang Fang, am 23. März 1989 bei einem Zusammentreffen mit NVK-Abgeordneten aus der Provinz Guizhou mit. In den Städten seien die Demonstrationen Ausdruck der Unzufriedenheit über die steigenden [Konsumgüter-]Preise gewesen, während sich auf dem Land die Protestaktionen gegen die hohen Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel [vor allem Dünger] und gegen die Korruption der Funktionäre gerichtet hätten. (Xinhua, engl., 23.3.89, nach: SWB, 28.3.89) -sch-

***(8)
Deng Xiaoping: Stabilität an erster Stelle**

Angesichts der verschiedenen Unterschriftenaktionen in China zwecks der Beachtung der Menschenrechte und einer Demokratisierung soll Deng Xiaoping erklärt haben, daß die Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft einen langen Prozeß erfordere und daß Stabilität die Voraussetzung für die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen", der Reformen und der Öffnung nach außen sei. Deng sagte, daß es entscheidend sei, an zwei Dingen festzuhalten: An der Aufrechterhaltung von politischer Stabilität und an der Beibehaltung der wirtschaftlichen Öffnung.

Bezüglich der Unterstützung von chinesischen Menschenrechtlern im westlichen Ausland erklärte Deng, daß Chinas Angelegenheiten vom chinesischen Volk geregelt werden müßten und daß man keine Angst davor haben solle, was die Ausländer sagten.

Deng forderte die beschleunigte Erarbeitung von verschiedenen Gesetzen zur Verstärkung der rechtlich abgesicherten Kontrolle und zur Aufrechterhaltung von Stabilität. Deng verlangte Gesetze über die Bildung von Vereinigungen, über die Presse, über Veröffentlichungen und über Massenorganisationen. (Wen Hui Bao, Hongkong, 19.3.89, nach: SWB, 22.3.89) -sch-

***(9)
Deng Xiaoping nahm zur gegenwärtigen Lage Stellung: Wirtschaftskrise in maximal vier Jahren überwunden**

Zwei Tage nach seinem Fernbleiben von der Eröffnungssitzung der diesjährigen Plenartagung des nationalen Parlaments erläuterte Deng Xiaoping bei einem Zusammentreffen mit dem ugandischen Staatspräsidenten Museveni seine Gründe hierfür: Er habe darum gebeten, der Veranstaltung fernbleiben zu dürfen, weil er sich seine Gesundheit konservieren wolle. Noch wichtiger sei, daß "ich mich selbst vollständig [sic!] von der Bühne zurückziehe und anderen die Arbeit überlasse, denn das ist seit vielen Jahren mein Ziel". Auf dem XIII. Parteitag (Oktober 1987) sei eine neue Führungsmannschaft gewählt worden, und "wir alten Leute haben uns aus dem Politbüro und dessen Ständigen Aus-

schuß zurückgezogen". Es sei nicht gut, wenn die neuen Führer mit dem Gefühl arbeiten müßten, daß es über ihnen noch einen Machtzirkel gebe. "Hierüber müssen wir alten Leute uns bewußt sein", meinte Deng. Letzteres kann als Mahnung an die formell ebenfalls zurückgetretenen konservativ bis orthodox marxistisch-leninistisch eingestellten Parteiveteranen um Chen Yun, Peng Zhen, Bo Yibo und Wang Zhen verstanden werden, die im Hintergrund politisch immer noch sehr aktiv sind und den Entscheidungsprozeß an der Parteispitze beeinflussen. Sie waren es, die Anfang 1987 den Sturz von Hu Yaobang vom Amt des ZK-Generalsekretärs herbeiführten, und sie sollen - hartnäckigen Gerüchten in China zufolge - gegenwärtig die Ablösung von Zhao Ziyang als Parteichef betreiben. Vor diesem Hintergrund erscheint das Fernbleiben Dengs von der 2. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses als eine indirekte Aufforderung an die alte Garde, sich endlich aus der Politik herauszuhalten.

Hinsichtlich der Beurteilung der gegenwärtigen Krisensituation erklärte Deng Xiaoping, daß es in den letzten 10 Jahren eine "erfreuliche Entwicklung" gegeben habe: "Man kann sagen, daß Chinas Wirtschaft und sein Lebensstandard eine höhere Entwicklungsstufe erreicht haben." Während dieser Entwicklung habe es allerdings auch "neue Versäumnisse" [shiwu] gegeben, doch entscheidend seien die Erfolge gewesen. Diese Erfolge seien nur aufgrund der Realisierung der politischen Linie der Vier Modernisierungen und der Politik der Reform und der Öffnung möglich gewesen, und deshalb "sind Linie, Kurs und Politik korrekt". Deng betonte, daß "wir keine großen Fehler [cuowu] begangen haben, während uns kleine Fehler ständig unterlaufen, weil es uns an Erfahrung mangelt. Dies wird auch in Zukunft schwer zu vermeiden sein."

"Das größte Versäumnis [shiwu], das wir in den letzten 10 Jahren begangen haben, stellt die unzureichende Entwicklung im Bereich der Erziehung dar", nahm Deng eine Bewertung der begangenen Fehler vor. Isoliert und oberflächlich betrachtet liest sich dieser Satz wie eine indirekte Kritik an Ministerpräsident Li Peng, der von Juni 1985 bis April 1988 Vorsitzender der Zentralen Erziehungskommission gewesen war. In dieser Position war Li freilich nicht zwangsläufig verantwortlich für die unzureichende Höhe des

Bildungsetats, die in der Regel das Ergebnis von Verhandlungen aller Ressorts des Staatsrats unter Leitung des Ministerpräsidenten ist. Verantwortlich für die Krise des Bildungswesens scheint vielmehr das für Grundsatzentscheidungen zuständige Politbüro zu sein, das es 10 Jahre lang versäumt hat, das Erziehungswesen als einen Schwerpunkt des Modernisierungsprogramms nicht nur zu definieren, sondern auch entsprechend zu behandeln. Bezeichnenderweise ist das Bildungswesen nicht in den sog. "Vier Modernisierungen" enthalten, sondern lediglich Wissenschaft und Technik. Letztlich muß wohl auch Deng Xiaoping selbst der Vorwurf gemacht werden, sich als oberster politischer Kursverwalter zu wenig für die Entwicklung des Bildungswesens eingesetzt zu haben.

Dengs Äußerung über die Vernachlässigung des Erziehungswesens bezog sich freilich primär auf die ideologisch-politische Erziehung und Propaganda, wie sich aus der vollständigen Aussage Dengs zu dieser Problematik ergibt:

"Das größte Versäumnis [shiwu], das wir in den letzten 10 Jahren begangen haben, stellt die unzureichende Entwicklung im Bereich der Erziehung dar. Am schwerwiegendsten ist, daß wir es bei der Entwicklung und Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung versäumt haben, dem Volk und den Mitgliedern der Kommunistischen Partei zu sagen, daß sie die Tradition des harten Kampfes beibehalten sollen. Nach nüchterner [sic!] Überlegung sind wir zu der Erkenntnis gelangt, daß dieses Problem größer ist als das der Inflation u.a. Nur nach einigen Jahren harten Kampfes wird es eine relativ gute und kontinuierliche Entwicklung geben. Solange die Menschen ideologisch geeint sind, ist auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht schwierig."

Im Gesamtzusammenhang gesehen liest sich Dengs Äußerung eher als eine Kritik an den für Ideologie und Propaganda zuständigen Spitzenpolitikern. Dies sind seit Anfang der 80er Jahre Hu Yaobang, Zhao Ziyang und Hu Qili gewesen.

In bezug auf die von Ministerpräsident Li Peng in seinem Regierungsbericht angesprochenen "Versäumnisse" [shiwu] sagte Deng, daß "wir alten Genossen auch ein Stück Mitverantwortung an diesen Versäumnissen haben".

CHINA aktuell

Deng sprach sich für ein "angemessenes" Entwicklungstempo aus, denn: "Wenn die Wirtschaft heißläuft, treten leicht Schäden auf." Über die Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gab Deng folgende Prognose ab: "Wir brauchen zwei bis drei Jahre, maximal vier Jahre, um die Schwierigkeiten überwunden zu haben."

Deng erklärte anschließend: "Wenn man in der Politik immer von der Praxis ausgeht, wird man keine großen Fehler begehen. Wenn man, nachdem man einen Fehler entdeckt hat, diesen nicht bemäntelt und ihm nicht aus dem Weg geht, sondern ihn schnell korrigiert, dann kann man sehr gute Voraussetzungen für eine fortgesetzte Entwicklung schaffen. Wir sind zuversichtlich, daß wir die Schwierigkeiten überwinden." (RMRB, 24.3.89)

Über die innerhalb der Funktionärschicht weitverbreitete Korruption, die eine der Hauptursachen der großen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Führung ist, äußerte sich Deng Xiaoping nicht. Mit der Annäherung an die Praxis scheint mittlerweile auch Deng seine Schwierigkeiten zu haben. -sch-

***(10)**
Keine Gnade für Wei Jingsheng und andere politische Häftlinge

In bezug auf die von namhaften chinesischen Intellektuellen geforderte Freilassung von Wei Jingsheng und anderen gewaltlosen politischen Gefangenen erklärte der Sprecher des Staatsrats, Yuan Mu, am 14. März 1989, daß es in China keine politischen Gefangenen gebe und daß demnach auch keine freigelassen werden könnten (XNA, 15.3.89).

Drei Tage später sagte Tang Zhanyun, der 1979 Richter bei der Revisionsverhandlung gegen Wei Jingsheng gewesen war und heute stellvertretender Präsident des Oberen Volksgerichts von Beijing ist, daß Wei Jingsheng kein politischer Gefangener sei, sondern ein "Konterrevolutionär". Insofern gehe die Forderung nach Freilassung des "politischen Gefangenen" Wei Jingsheng an der Sache vorbei. Im übrigen gebe es in China weder politische noch ideologische Gefangene. (XNA, 18.3.89)

Am 19. März 1989 erklärte der Sprecher der diesjährigen Plenartagung des Nationalen Volkskongresses, Yao Guang, daß seiner Ansicht nach gegenwärtig keine Notwendigkeit bestünde, eine Begnadigung für sog. "politische Gefangene" auszusprechen. Auf eine entsprechende Frage antwortete Yao, daß Wei Jingsheng noch am Leben sei und daß es ihm "gut" gehe. (XNA, 20.3.89)

Am 29. März lehnte der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des VII. NVK, Wang Hanbin eine Amnestie oder Begnadigung von Wei Jingsheng und anderen politischen Gefangenen in der Volksrepublik China aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der VRCh ab. Der Ständige NVK-Ausschuß erachte dies "nicht für notwendig" (CD, 30.3.89). -sch-

***(11)**
7. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Der Ständige Ausschuß des VII. NVK kam vom 9. bis 11. März zu seiner 7. Sitzung zusammen, um letzte Vorbereitungen für die diesjährige Plenartagung des chinesischen nationalen Parlaments zu treffen. Der Ausschuß beschäftigte sich u.a. mit dem Arbeitsbericht, den er dem NVK-Plenum vorlegen will. Bei der Diskussion des Berichts kritisierten einige Ausschußmitglieder, daß die Überwachung der Regierung, des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Staatsanwaltschaft durch den Ständigen NVK-Ausschuß bisher zu schwach gewesen sei (XNA, 11.3.89). -sch-

***(12)**
Zur politischen Bedeutung des Regierungsberichts von Li Peng

Der Regierungsbericht von Ministerpräsident Li Peng, den dieser auf der 2. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses am 20. März 1989 vortrug, stellte - wie üblich - ein Kompromißpapier der verschiedenen Meinungs- und Interessengruppen innerhalb der politischen Führung dar. So wurden schon in der Überschrift des Berichts sowohl die Forderung nach "Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen" (d.h. vor allem Inflationsbekämpfung) und nach "Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung" (d.h. vor allem Bekämpfung von Korruption

und Spekulation) erhoben als auch eine "Vertiefung der Reform" verlangt (RMRB, 6.4.89; vollständige deutsche Übersetzung in: BRu, 1989/Nr. 15). Im Bericht selbst wurde ausdrücklich betont, daß "die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung unter der Voraussetzung vollzogen werden, daß an der Hauptrichtung der Reform entschlossen festgehalten wird".

Sowohl den Verfechtern des traditionellen sozialistischen Entwicklungskonzepts als auch Anhängern ausschließlich markt- und privatwirtschaftlich orientierter Reformen wurde eine klare Absage erteilt: "Wir werden keinesfalls zum alten Wirtschaftsmodell zurückkehren, daß durch übermäßige Zentralisierung und übermäßige Kontrolle gekennzeichnet war. Noch weniger werden wir den Weg der Privatisierung einschlagen, der die Negation des sozialistischen Systems bedeutet." Damit wird es also bei einem Mischsystem bleiben, das sowohl markt- als auch planwirtschaftliche Elemente aufweist. Zur Überwindung der Wirtschaftskrise scheint die Führung allerdings mehr auf administrative Hebel zurückgreifen zu wollen, so daß in den kommenden "zwei oder mehr Jahren" der wirtschaftlichen Sanierung planwirtschaftliche Methoden wahrscheinlich verstärkt Anwendung finden werden.

Li Pengs Mängelliste und sein Forderungskatalog zur Bewältigung der Wirtschaftsprobleme war zu einem nicht unerheblichen Teil eine Wiederholung seines Berichts auf der letztjährigen NVK-Tagung: Inflationsbekämpfung, Einschränkung der Investitionen in Anlagen, mehr Aufmerksamkeit für die Landwirtschaft usw. waren auch damals schon verlangt worden.

In den Vordergrund seiner Kritik stellte Li Peng die Inflation und die Preissteigerungen, die ein Ausmaß erreicht hätten, "das über die Belastungsfähigkeit der Massen, der Betriebe und des Staates hinausgeht". Der Lebensstandard eines erheblichen Teils der Stadtbevölkerung sei gesunken. Dies habe zu einer schwerwiegenden Beunruhigung der Bevölkerung geführt. Li Peng räumte ein, daß "wir bei der Leitung der Arbeit Mängel gezeigt und Versäumnisse begangen haben". Man habe der Verhütung eines blinden Wirtschaftswachstums zu wenig Aufmerk-

samkeit geschenkt und die Tendenz, nach vorschnellen Erfolgen zu streben nicht hinreichend bekämpft.

Ausdrücklich Kritik äußerte Li Peng an der Mitte 1988 gefällten Entscheidung für die Fortsetzung der Preisreform und die damit zusammenhängenden weiteren Preisfreigaben. Man habe nicht nur die Belastungsgrenze, des Staates, der Betriebe und der Bevölkerung nicht hinreichend bedacht, sondern man habe sogar noch in einer Situation, in der die Inflation bereits deutlich zutage getreten sei, die Freigabe und Anhebung von Preisen fortgesetzt. Obwohl Li Peng als Ministerpräsident der formal Hauptverantwortliche für diese Entwicklung ist, richtete sich diese Kritik doch vor allem gegen die radikalen Reformkräfte um Zhao Ziyang und gegen Deng Xiaoping selbst, der sich noch Mitte Mai 1988 öffentlich deutlich für die Preisfreigabe ausgesprochen und die konservativeren Kräfte aufgefordert hatte, mehr Mut und Risikobereitschaft zu zeigen.

Kaum Kritik äußerte Li Peng hingegen an der bisherigen Bildungspolitik, obwohl auch im Erziehungswesen sehr viele, schwerwiegende Probleme bestehen. Dies wäre aber einer echten Selbstkritik gleichgekommen, denn immerhin war Li Peng von Juni 1985 bis April 1988 fast drei Jahre lang Vorsitzender der Zentralen Erziehungskommission gewesen.

Die Ausführungen von Li Peng zum Thema der politischen Reformen lassen darauf schließen, daß es auf diesem Sektor in der auf mindestens zwei Jahre angesetzten wirtschaftlichen Sanierungsphase kaum Fortschritte geben wird. Lediglich das System der Zusammenarbeit und der politischen Konsultation zwischen den existierenden politischen Parteien "unter der Führung der Kommunistischen Partei" soll weiter ausgebaut werden. Ansonsten betonte Li Peng die Notwendigkeit, an den "Vier grundlegenden Prinzipien" festzuhalten und für eine stabile politische und gesellschaftliche Lage zu sorgen. Jegliche Unruhe und jedes Chaos seien dem Aufbau und der Reform abträglich, warnte Li. Immerhin forderte der Regierungsbericht, daß beim Kampf gegen die Korruption der Staatsrat und die Regierungsorgane mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Da darf man gespannt sein, denn bisher scheint gerade die zentrale Ebene vom Kampf gegen die Korruption ausgeschlossen gewesen zu sein. -sch-

*(13)

Qiao Shi neuer Präsident der ZK-Parteischule

Qiao Shi, Chinas höchster politischer Verwalter der Bereiche Sicherheit und Justiz, soll zusätzlich zu seinen bisherigen Posten das Amt des Präsidenten der ZK-Parteischule übernommen haben. Dies berichtete die für gewöhnlich gut informierte Hongkonger Zeitung *Wen Hui Bao* in ihrer Ausgabe vom 17. März 1989 (nach: SWB, 22.3.89). Qiao Shi löst Gao Yang von diesem Posten ab, der im März 1987 das Amt des Präsidenten der ZK-Parteischule von Wang Zhen übernommen hatte. Qiao Shi verfügt damit über eine außergewöhnliche Ämter- und Machtfülle, die ihn als einen der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des ZK-Generalsekretärs erscheinen lassen, wenn Zhao Ziyang abtreten sollte. Qiao Shi ist u.a.

- Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh,
- Mitglied des ZK-Sekretariats,
- Leiter ("Sekretär") der Zentralen Disziplinarkontrollkommission,
- Präsident der ZK-Parteischule und wahrscheinlich nach wie vor
- Leiter der ZK-Führungsgruppe Politik und Recht, die für die Aufsicht über den gesamten Justiz- und Sicherheitssektor zuständig ist. -sch-

*(14)

Neben den "Vier grundlegenden Prinzipien" nun auch noch 4 "Unveränderliche"?

Die Beijinger Zeitung *Wirtschaftsinformationen* (Jingji Cankao) veröffentlichte am 24. Februar 1989 einen Artikel, in dem neben dem Festhalten an den "Vier grundlegenden Prinzipien" auch noch vier sog. "Unveränderliche" als Bestandteile des politischen Rahmens des Modernisierungskurses benannt werden. Sie lauten:

- Verändert nicht die "Vier grundlegenden Prinzipien" (Festhalten an der Führung der KPCh, Festhalten an der demokratischen Diktatur des Volkes [d.h. Diktatur des Proletariats], Festhalten am sozialistischen Weg, Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen).
- Verändert nicht die Leitlinie der Reform [nach innen] und der Öffnung [nach außen].

- Verändert nicht die Rolle der KPCh als herrschende Partei und ihre politische Führungsrolle, wobei auch am Ziel unserer Parteimitglieder, nämlich dem Kampf für die Verwirklichung des Kommunismus, keine Abstriche gemacht werden dürfen.

- Verändert nicht unser sozialistisches System, wobei auch keine Änderungen an der führenden Rolle des Gemeineigentums und an der Hauptform der Verteilung, nämlich nach erbrachter Arbeitsleistung (und nicht nach eingebrachtem Kapital), zulässig sind. (Ebenda, nach: SWB, 14.3.89)

Diese 4 "Unveränderlichen" spiegeln die Position konservativer Reformkräfte wieder, die zwar eine begrenzte wirtschaftliche Liberalisierung anstreben, eine von radikalen Reformkräften geforderte politische Liberalisierung oder gar Demokratisierung jedoch strikt ablehnen. Die konservativen Reformkräfte weisen auch eine weitgehende Privatisierung der Wirtschaft, wie dies ebenfalls von radikalen Reformern verlangt wird, zurück. -sch-

Kultur

*(15)

Staatliche Erziehungskommission gesteht Fehler ein

Der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission He Dongchang hat in einem längeren Artikel, der am 22. März 1989 in der *Volkszeitung* veröffentlicht wurde, Fehler in der Bildungspolitik eingestanden. Trotz der raschen Entwicklung in den letzten Jahren sei der Erziehungssektor noch immer rückständig. Die durchschnittliche Schulzeit betrage nur fünf Jahre, obwohl neun Jahre gesetzlich vorgeschrieben sind.

Vor allem in den ländlichen Gebieten, die 80% der insgesamt 218 Millionen Grund- und Mittelschüler stellen, sei das Niveau der Schulbildung unbefriedigend und der Unterricht praxisfern. Anlaß zur Sorge gebe auch die hohe Zahl der Lese- und Schreibunkundigen auf dem Lande: ihr Anteil an den insgesamt 214 Millionen Analphabeten in China betrage 92%. Und die aus ländlichen Gebieten stammenden Studen-